

# Mittheilungen

## über die Verhandlungen des Landtags.

### I. Kammer.

N<sup>o</sup> 107.

Dresden, den 27. Juni

1846.

Einhundert und zehnte öffentliche Sitzung der ersten Kammer am 10. Juni 1846.

(Abendsitzung.)

#### Inhalt:

Vortrag aus der Registrande. — Entschuldigung. — Vortrag der ständischen Schrift, das Budget und einen Antrag in selbiger, so wie das Verlesen der Beilagen zu den ständischen Schriften betr. — Vortrag und Genehmigung der ständischen Schrift, die Rechenschaft auf die Jahre 1842 betr. — Desgleichen den Elsterbrunnen bei Adorf betr. — Desgleichen der Schriften, den Gesetzentwurf, die bei dem Zusammentreffen verschiedenartiger Freiheitsstrafen und bei der Strafverwandlung zu befolgenden Grundsätze, und den Gesetzentwurf, die Bestellung von Schiedsmännern. — Berathung des Berichts der dritten Deputation und die Petitionen, das Volksschulwesen betr. (Vgl. Mittheil. zweiter Kammer Nr. 149, S. 4142 fg.) — Schlußabstimmung.

Die Sitzung beginnt gegen ½8 Uhr Abends in Anwesenheit von fünf und dreißig Kammermitgliedern und des Staatsministers v. Wietersheim mit Verlesung des Protocolls der Morgensitzung desselben Tages durch Secretair v. Biedermann. Nachdem auf Befragen des Präsidenten nichts dagegen erinnert worden, wird dasselbe auf ergangene Einladung des Präsidenten von Sr. Königl. Hoheit und Secretair Ritterstädt zur Vollziehung mit unterzeichnet.

Auf der Registrande befinden sich:

1. (Nr. 661.) Protocoll extract der zweiten Kammer vom 8. und 9. Juni 1846, die Berathung über das Allerhöchste Decret, die Zoll-, Steuer-, Schifffahrt- und Handelsverträge Sachsens betreffend.

Präsident v. Carlowitz: Dürfte unserer zweiten Deputation zuzuweisen sein.

Bürgermeister Hübler: Es ist allerdings für die zweite Deputation eine harte Aufgabe, in so kurzer Frist, als ihr der in wenigen Tagen bevorstehende Landtagsschluß noch übrig läßt, über einen Gegenstand von so hoher Wichtigkeit und so großem Umfange sich berathen und der verehrten Kammer gründlichen Bericht erstatten zu sollen. Indes wird sie, so

weit möglich, der Aufgabe zu genügen sich bemühen, jedenfalls aber der Druck des Berichts unterbleiben müssen.

Präsident v. Carlowitz: Ist also die Kammer mit der Verweisung dieses Gegenstandes an die zweite Deputation einverstanden? — Wird einstimmig beschlossen.

2. (Nr. 662) Anschließerkklärung Johann Gottlob Dorn's und 139 Genossen zu Oberlungwitz zc. an die Protestation Heinrich Gottlob Ober's und Genossen zu Glauchau zc. gegen Aufhebung und Abänderung des Religionseides der Kirchen- und Schuldiener.

Präsident v. Carlowitz: Gehört zum Ressort der außerordentlichen Deputation für die kirchlichen Angelegenheiten, die freilich schon morgen über das Vereinigungsverfahren Bericht erstatten wird; indes da die Petition heute eingekommen ist, wo die Sache noch nicht als völlig erledigt anzusehen ist, so schlage ich vor, diese Eingabe noch der außerordentlichen Deputation mitzutheilen. Ist die Kammer damit einverstanden? — Einstimmig Ja.

Präsident v. Carlowitz: Herr Bürgermeister Starke bittet, ihn für heute, und wenn morgen Sitzung ist, auch für morgen wegen dringender Deputationsarbeiten zu entschuldigen. Zuvörderst haben wir mehrere Schriften zu verlesen.

Referent Bürgermeister Hübler trägt die ständische Schrift, das Budget betreffend, nebst der dazu gehörigen Beilage vor, und äußert: Ich habe schon heute früh bemerkt, die Deputation hat die Schrift mit den Verhandlungen verglichen und ihrerseits etwas nicht zu erinnern gefunden.

Staatsminister v. Wietersheim: Ich weiß nicht, der geehrte Herr Referent wird wohl Auskunft darüber geben können; so viel ich mich erinnere, ist in beiden Kammern bei dem Budget des Cultusministeriums und namentlich bei der Deputation für Kirchen und Schulen ein Antrag angenommen worden, die Einführung eines erweiterten Realschulunterrichts in Erwägung zu ziehen. Ist der vielleicht bei den spätern Verhandlungen weggeblieben?

Referent Bürgermeister Hübler: Der Referent Herr D. Crusius hat den Herrn Staatsminister nicht vollkommen verstanden.

Staatsminister v. Wietersheim: Ich habe geglaubt, es wäre bei der Position für die evangelischen Kirchen und Schulen in beiden Kammern ein Antrag angenommen worden,